

editorial**Inhaltsverzeichnis # 06/2008**

editorial	Seite 1
landesparteitag 21.06.	Seite 3
▪ ANTRAGSLAGE	
▪ INITIATIVANTRAG BUNDESDRUCKEREI	
▪ PERSONALVORSCHLÄGE	
linke!Positionen	Seite 7
▪ FRANZISKA DROHSEL: FÜR EINE LINKE MIT ZUKUNFT!	
▪ HARLD GEORGII: ÖFFNUNG ZUR LINKSPARTEI	
▪ BURKARD ZIMMERMANN: KINDERTSCHUTZ	
▪ ANNE KNAUF: JUSO-ARBEIT IN DER BERLINER SPD	
aktuelles bl (partei)	Seite 14
▪ HINTERGRUNDGESPRÄCH JOBCENTER	
▪ HINTERGRUND ETHIK/ „PRO RELI“	
▪ BT-WAHLKREIS MITTE	
▪ BL-VERANSTALTUNG MIT WIECZOREK-ZEUL	
aktuelles bundesebene	Seite 16
▪ POSITIVPAPIERE ZUR INNENPOLITIK, ZUM ARMUTSBERICHT UND ZUM FINANZKAPITAL	
termine	Seite 17
impresum/ kontakt	Seite 18

INTERESSE AM NEWSLETTER UND/ODER DER BERLINER SPD-LINKEN? EINFACH MAIL AN:
[KONTAKT@SPD-LINKE.DE](mailto:kontakt@spd-linke.de)

Der letzte Newsletter der Berliner Linken (BL) war eine Sondernummer zur Bahnprivatisierung, die bundesweit in der Partei Beachtung fand und uns und der Bundeslinken DL21 einiges an Zulauf gebracht hat. Leider hat die intensive Auseinandersetzung aber nicht in die Entscheidung gemündet, für die wir als Parteilinke und als Berliner Landesverband so explizit eingetreten sind: am 30. Mai hat der Bundestag die Privatisierung der Bahn mit dem Stimmen der SPD und in den wesentlichen Eckpunkten gegen den Hamburger Bundesparteitagbeschluss zugestimmt. Der Vollständigkeit halber sei noch festgehalten, wer von unseren Berliner MdB wie gestimmt hat:

■ Benneter	pro Privatisierung
■ Dzembritzki	pro Privatisierung
■ Spiller	pro Privatisierung
■ Staffelt	pro Privatisierung
■ Thierse	pro Privatisierung
■ Merkel	<u>gegen</u> Privatisierung
■ Rawert	<u>gegen</u> Privatisierung
■ Schulz	<u>gegen</u> Privatisierung

Den GenossInnen Petra Merkel, Mechtild Rawert, Swen Schulz (Bundestag) sowie Fabian Schmitz, Hella Dunger-Löper und Karin Seidel-Kalmutzki (Parteierrat) ist für ihr Stimmverhalten zu danken, da sie die klare Position und Beschlusslage der SPD Berlin auf Bundesebene aktiv und konsequent- z.T. gegen erhebliche Widerstände - vertreten haben.

Wir werden auf unserem Landesparteitag am 21. Juni die Gelegenheit haben, uns mit Kurt Beck auch über die Bahnreform zu unterhalten. GLV und Landesvorstand haben – auch auf unseren Wunsch – hin eine Resolution für den Parteitag vorbereitet, die die bundespo-

litische Lage kurz aufgreift und zur Bahn die Berliner Position bekräftigt und u.a. zur Frage der Linkspartei vor formalen Abgrenzungsbeschlüssen warnt.

**BL-Initiativantrag:
Forderung nach Verstaatlichung der Bundesdruckerei**

Wie es der Zufall so will, läuft aktuell das Verkaufsverfahren der Bundesdruckerei in Berlin. Wer sich erinnert: rot-grün hatte unter Eichel das Staatsunternehmen mit ähnlich überzeugenden Argumenten wie jetzt bei der Bahnreform (voll-) privatisiert und an einem Finanzinvestor verkauft. Keine 24 Monate später war die Holding pleite, die Bundesdruckerei war massiv überschuldet, der Staat blieb auf Forderungen/ Bürgschaften sitzen und die Privatisierung kann als eine der großen Privatisierungspleiten und damit als negatives Lehrstück herhalten. Aktuell gibt es in der SPD-Bundestagsfraktion Bestrebungen, die verbrannten Staatsgelder zumindest teilweise dadurch zu retten, dass Erlöse aus dem Verkauf faktisch zum Rückkauf von Gesellschaftsanteilen der Bundesdruckerei verwendet werden. Hierzu findest Du einen Initiativantrag der BL auf den nächsten Seiten (Rückverstaatlichung von 50,1%).

Und weil's gerade um Pleiten, Pech und Pannen geht: zu Sarrazin ist an sich schon alles, das mehrfach und von vielen von uns schon gesagt worden. Ärgerlich an seinen schlicht dummen Sprüchen ist neben der Ignoranz aktuell auch der Fakt, dass er zum Kronzeugen der Union gegen Mindestlohnsätze von 7,50 € . Damit torpediert er eines der letzten SPD-Projekte, die zur Zeit einigermaßen unbeschädigt im politischen Raum stehen und von der Partei ansonsten geschlossen mitgetragen werden. Wir sollten uns auf dem Parteitag die Themen nicht von Sarrazin vorgeben lassen, sondern eine Reihe von wichtigen Beschlüssen fassen.

Forderung an Senat nach Aufnahme Tarifverhandlungen mit Entgeltangebot

Du findest auf der folgenden Seite eine Übersicht der von der BL gezielt unterstützten Anträge; hierzu gehört insbesondere auch der Antrag zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst; wir werden die Forderung nach Aufnahme von Tarifverhandlungen mit einem Entgeltangebot sowie die Rückkehr in das bundesdeutsche Tarifgefüge unterstützen. Viele von Euch dürften wir auf dem Parteitag am Sonnabend sehen; hoffen wir im gemeinsamen Interesse auf eine spannende und ergebnisreiche Debatte. ■ **Mark Rackles**

linke!inhalte

Landesparteitag – Teil I Antragslage

Auf dem Parteitag wird es neben den Debattenschwerpunkten **Bundespolitik** (Aussprache mit Beck) und **politisches Bezirksamt** (zu dem die BL keine Festlegungen getroffen oder Empfehlungen formuliert hat, da wir das Thema insgesamt für keine links-/ rechts-Frage halten) eine Reihe von wichtigen Einzelanträgen zur Abstimmung kommen. Wir heben hier einige hervor, damit sie in der Antragsflut nicht untergehen:

Resolution (GLV/LV: Bundespolitik): Unter Titel „Aufstieg und Gerechtigkeit – unsere gemeinsame Stärke“ wurde für die Debatte mit Beck und als Konzentration unserer Aussagen nach außen, eine Resolution auch auf unser Betreiben formuliert. Neben kritischen Worten zur aktuellen bundespolitischen Lage, finden sich klare Aussagen zu: a) Rückbesinnung auf Positionen des Hamburger Parteitags; Weiterentwicklung in Regierungshandeln; b) Bekräftigung der kritischen Position zur Privatisierung der Bahn; c) Absage an formale Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber anderen demokratischen Parteien. Die BL empfiehlt Zustimmung.

■ **Antrag Nr. 13/I/08 (Tarifverhandlungen):** Forderung nach Aufnahme von Tarifverhandlungen mit einem Entgeltangebot für die Beschäftigten und die Forderung nach „Wiedereingliederung der Beschäftigten in den gemeinsamen bundesweiten Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes“. Die BL empfiehlt Zustimmung; ggf. in modifizierter Form (Verzicht auf Eingangssatz).

■ **Antrag Nr. 32/I/08 (Klassenfrequenzen):** Bekräftigungsbeschluss zu abgesenkten Klassenfrequenzen (20 SchülerInnen) in sozial belasteten Gebieten bzw. bei hohem Anteil an SchülerInnen nicht-deutscher Herkunftssprache (über 40%). Die BL empfiehlt Aussprache (ist z.Zt. in der Umsetzung mit der Schulverwaltung strittig) und Zustimmung.

■ Antrag Nr. 36/I/08 (Einstellungen für Schuleingangsphase):

Forderung nach Absicherung des Personalbedarfs in der flexiblen Schuleingangsphase. Die BL empfiehlt Zustimmung in einer überarbeiteten Fassung.

■ Antrag Nr. 79/I/08 und Nr. 89/I/08 (Sonderparteitag Bahn):

Neben der Kritik an der Teilprivatisierung soll insbesondere ein Sonderbundesparteitag zur Befassung über die Bahn-Teilprivatisierung eingefordert werden. Die BL hat u.a. hierzu an der Resolution mitgewirkt, um die Kritik am Bahnbeschluss zu bekräftigen und in einen übergreifenden Kontext zu stellen. Nach den abschließenden Mehrheitsentscheidungen im Parteirat und im Bundestag, halten wir die nachträgliche und isolierte Forderung nach einem Bundesparteitag für gegenstandslos und in der Sache für kontraproduktiv, da sie über eine Abstimmung dieser Anträge Dissense auf dem LPT dokumentieren würde, die es in der Sache gar nicht gibt. Es wird daher beantragt werden, die beiden Anträge im Hinblick auf die Resolution für erledigt zu erklären. Die BL empfiehlt mehrheitlich hierzu Zustimmung.

■ Antrag Nr. 95/I/08 (Verhältnis zur Linkspartei): Gefordert wird eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Die SPD dürfe sich einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei aus strategischen Gründen nicht länger verweigern. Die BL hat das Anliegen/ die Kernbotschaft in die Resolution zur Bundespolitik eingearbeitet und es wird beantragt werden, den Antrag im Hinblick auf die Resolution für erledigt zu erklären. Die BL empfiehlt hierzu Zustimmung.

Landesparteitag – Teil II Initiativantrag

AUTOREN:

SWEN SCHULZ, MdB

KLAUS-UWE BENNETER, MdB

MARK RACKLES, BL

Nach Befassung im Koordinierungskreis der BL wurde von Swen Schulz und Klaus-Uwe Benneter in Abstimmung mit dem Sprecher der BL ein Textentwurf zur (Teil-) Verstaatlichung der Bundesdruckerei vorgelegt. Wer Interesse an Miteinbringung als Antragsteller hat, sollte uns dies als Delegierter bitte bis Freitag 20 Uhr mitteilen (kontakt@SPD-Linke.de). Der Antrag mit einer Unterschriftenleiste zum Sammeln der nötigen Delegiertenunterschriften findet sich auf der [BL-Homepage](#).

Bundesdruckerei: Öffentliche Verantwortung sichern!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundestagsfraktion und Bundesregierung werden aufgefordert sich im aktuellen Verkaufsverfahren der Bundesdruckerei für den Rückkauf der Mehrheit der Anteile – mindestens jedoch einer Sperrminorität in Höhe von 25,1% - einzusetzen, damit die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger effektiv gewahrt und die Arbeitsplätze der Bundesdruckerei in Berlin gesichert werden. Druckaufträge des Bundes, die die Weitergabe von persönlichen Daten von Bürgern erfordern (z.B. Personalausweise) dürfen nur dann an die Bundesdruckerei erteilt werden, wenn die öffentlichen Interessen gewahrt sind.

Begründung:

Im Jahr 2000 hat die damalige rot-grüne Koalition die Bundesdruckerei an eine ausländische Gesellschaft verkauft. Diese ist inzwischen insolvent und schuldet dem Bund noch einen dreistelligen Millionenbetrag. Nun soll die Bundesdruckerei erneut verkauft werden. Der 2000 erfolgte Verkauf war ein Fehler, weil kurzfristiges fiskalisches Kalkül über öffentliche Interessen gestellt wurde. Die Bundesdruckerei verfügt etwa aufgrund der Abwicklung von Druckaufträgen Personalausweise über Daten, die unbedingt geschützt werden müssen. Der Bund muss daher über eine ausreichende Beteiligung an der Bundesdruckerei verfügen, um so die öffentlichen Interessen und die der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. ■

linke!personen

Landesparteitag – Teil III Personalvorschläge

Die **Berliner Linke (BL)** stellt die Mehrheit auf dem Landesparteitag und im Landesvorstand. Die Parteirechte hat sich im sog. **Berliner Aufbruch (BA)** und in der **Berliner Mitte (BM)** organisiert. Die BL achtet bei ihren Personalvorschlägen auf die Einhaltung eines informellen Prinzips: Minderheitenbeteiligung insbesondere bei den Wahlpositionen im Landesvorstand gewährleisten. Das Verhältnis von Parteilinke zu Parteirechte wäre nach unserem Personalvorschlag im GLV 3:2, bei den BeisitzerInnen 5:3; beides erscheint angesichts der Delegiertenzahlen als angemessen.

Unsere KandidatInnen im GLV (Geschäftsführenden Landesvorstand): keine Änderungen gegenüber 2006

- Barbara **Loth** (stellv. Landesvorsitzende)
- Marc **Schulte** (stellv. Landesvorsitzender)
- Mark **Rackles** (Landeskassierer)

Unsere KandidatInnen bei den BeisitzerInnen:

- Monika **Buttgereit** (Tempelhof-Schöneberg)
- Cordula **Drautz** (neu) (Friedrichshain-Kreuzberg)
- Brigitte **Lange** (Reinickendorf)
- Hans **Misselwitz** (Pankow)
- Ulrike **Sommer** (Spandau)

Unsere KandidatInnen für den Parteirat:

- Hella **Dunger-Löper**
- Mark **Rackles**
- Fabian **Schmitz**

Parteirechte mit 9 Kandidaten
für 7 Plätze ...

Von der **Berliner Mitte** kandidieren **Iris Spranger** für den GLV, **Renate Harant** und **Anja Härtel** als Beisitzerinnen und **Karin Seidel-Kalmutzki** für den Parteirat.

Vom **Berliner Aufbruch** kandidieren **Dr. Christian Hanke** für den GLV, **Rainer Knörr** und **Tom Schreiber** als Beisitzer sowie **Ralf Wieland** für den Parteirat.

linke!positionen**Für eine Linke der Zukunft****FRANZISKA DROHSEL**JUSO-BUNDESVORSITZENDE;
BL-SPRECHERIN

Am 7. und 8. Juni haben die Jusos einen Kongress „Für eine Linke der Zukunft“ mit 300 Teilnehmern veranstaltet. Ziel des Kongresses war der Beginn eines Diskussionsprozesses für eine politische Standortbestimmung. Im Vorfeld hat der Juso-Bundesvorstand ein Thesenpapier beschlossen. Getreu dem Selbstverständnis der Jusos als Jugendorganisation der SPD und als eigenständiger Jugendverband wird in dem Papier vor dem Hintergrund der Geschichte der Jusos eine Analyse der gegenwärtigen Zustände und die daraus zu folgernden Strategie entwickelt. Die grundsätzliche Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem, dem Kapitalismus, spielt dabei eine zentrale Rolle. Im Bereich der Strategie wird im Sinne der Doppelstrategie die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Gruppen sowie die Arbeit an einem linken Zukunftsprojekt für zentral erachtet.

Auf dem Kongress wurde zunächst mit Johano Strasser (in den 60/70er bei den Jusos aktiv und ehemaliger stv. Bundesvorsitzender) und mit Uwe Cremer (in den 80/90er bei den Jusos aktiv und auch ehemaliger stv. Bundesvorsitzender) vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der Juso-Arbeit über das Thesenpapier diskutiert. Danach wurde über die Aktualität marxistischer Kritik mit Michael Heinrich gesprochen. Im Anschluss wurden verschiedene Themen mit Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher außerparlamentarischer Gruppen wie z.B. die DGB Jugend, Attac, Erwerbslosenausschuss bei verdi und vielen mehr über eine linke Politik der Zukunft diskutiert. Die Frage der parlamentarischen Umsetzung wurde am Sonntag mit Jan Korte (Linkspartei) und Julia Seeliger (Grüne) erörtert.

Nachfolgend sollen die wichtigsten Thesen gekürzt wiedergegeben werden.

**These 1 – 2:
Grundüberzeugung**

Jungsozialistische Politik trägt die Überzeugung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, um ein freies und gleiches Leben für alle zu verwirklichen. Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus. Der demokratische Sozialismus ist ein Ergebnis demokratischer Prozesse, das folglich nicht vorweg bestimmt werden kann. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kritik am bestehenden System zu formulieren und aus dieser Kritik die Kraft zu schöpfen, für eine andere gesellschaftliche Verfasstheit zu kämpfen.

**These 3 – 8:
40 Jahre „Linkswende“ der Jusos – Kontinuität im Wandel**

Seit der 1969 vollzogenen „Linkswende“ verstehen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten als eigenständige linke Jugendorganisation und als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Verbandes eint die Jusos seit der Linkswende die Überzeugung, dass der „demokratische Sozialismus“ des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation Wirklichkeit werden kann.

**These 9 - 14:
Don't fight the player, fight the game**

Kapitalismus ist das dominante Strukturprinzip der Gesellschaft. Die ihm innewohnende Logik und Dynamik der Verwertung durchzieht alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander. Diese Totalität des Kapitalismus determiniert auch seine Gegnerschaft. Weder kommunal verwaltete Schwimmbäder noch das besetzte Haus mit Volksküche untergraben die Strukturmerkmale der Verwertungslogik. Sie sind im besten Fall erkämpfte Rettungsringe der Vernunft im Meer der Unvernunft.

Kapitalismus braucht keinen bürgerlichen Rechtsstaat, er kann aber nützlich sein. Ob Bildung, Infrastruktur oder die Durchsetzung nationaler Interessen mittels Kriegen, der Staat erfüllt die ihm zugeordnete Funktion als Dienstleister des Kapitals. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Hier und Jetzt durchaus Akzentverschiebungen möglich sind.

Der Staat ist nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse, die ihrerseits von Konflikten um die Vorherrschaft geprägt ist, sondern stellt ein Terrain von Auseinandersetzungen dar. Noch immer ist Staatlichkeit für gesellschaftliche Gestaltung im kapitalistischen System entscheidend. Wer für eine fortschrittliche Politik kämpft, muss offensiv in die Auseinandersetzung um die Rolle und Aufgaben des Staates gehen. Neben dem Kapitalismus wird diese Gesellschaft noch durch z.B. patriarchale, rassistische und antisemitische Strukturen geprägt, die verhindern, dass Menschen in dieser Gesellschaft frei und gleich miteinander leben.

**These 16 - 21:
Politischer Kampf**

Nur wer versteht, nach welchen Gesetzen der Kapitalismus funktioniert, kann im Hier und Jetzt für Gestaltungsperspektiven, Reformen und soziale Mindeststandards kämpfen. Das System ist von Menschen gemacht und kann somit auch von Menschen überwunden werden. Der Behauptung der Alternativlosigkeit dieser Gesellschaftsordnung werden wir deshalb auf jeder Ebene entgegnetreten.

Wir sind Teil der Sozialdemokratie. Ohne die SPD wird es keine progressive Politik in diesem Land geben. Deshalb müssen wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in und um die SPD kämpfen. Der Versuch, über die Konstruktion einer neuen Mitte und eines aktivierenden Sozialstaats eine Politik zu etablieren, die mit scheinbar traditionellen Werten und Instrumenten sozialdemokratischer Politik aufzuräumen und an ihre Stelle scheinbar Modernes setzte, ist in mehrfacher Hinsicht gescheitert.

Dies hat in der SPD dazu geführt, dass sich zwei Seiten gegenüber stehen: Jene, die ein „Weiter So“ wollen und jene, die nach einer neuen Politik für soziale Gerechtigkeit suchen. Dieser Richtungsstreit ist für die Zukunft der Sozialdemokratie entscheidend. Unsere Linie ist dabei klar: Der SPD muss es gelingen, Antworten auf die Frage zu formulieren, wie im derzeitigen Entwicklungszustand der Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit verwirklicht werden kann.

Faktisch müssen wir in der mittelfristigen Perspektive mit einem Fünf-Parteien-System umgehen. Ziel innerhalb dieser Neukonstellation muss es natürlich sein, wieder für eine stärkere SPD zu kämpfen, aber auch, ein linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und für eine konkrete Umsetzung zu kämpfen. Dazu werden wir sowohl mit den noch vorhandenen progressiven Kräften bei den Grünen als auch mit denen bei der Linkspartei eine inhaltliche Auseinandersetzung beginnen und ausloten, ob diese Parteien für ein solches Projekt bereit sind.

Die Gewerkschaften als Interessensorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unser natürlicher Bündnispartner. Eine politische Strategie von links kann nicht an den Gewerkschaften vorbei definiert werden. Gesellschaftliche Veränderung kann es nur im Zusammenspiel von Sozialdemokratie und Gewerkschaften geben.

Die in den Jahrzehnten nach 1968 entstandenen „Neuen sozialen Bewegungen“ prägen mittlerweile das politische Geschehen in Deutschland mit. Doch nicht jede soziale Bewegung ist per se emanzipatorisch und progressiv. Nicht selten gleitet z.B. eine verkürzte Kapitalismuskritik in Antiamerikanismus, Antisemitismus und Nationalismus ab.

Die Doppelstrategie bleibt zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Das bedeutet für uns, dass wir uns neben der Parteiarbeit auch in sozialen Bewegungen verankern wollen. Wir kämpfen darum, dass wir wieder Ansprech- und Bündnispartner für die Akteure sozialer Bewegungen werden.

Es folgt abschließen Kapitel IV zu den gegenwärtigen Entwicklungen des Kapitalismus (Globalisierung, Prekarisierung der Arbeitswelt und Gespaltene Gesellschaften und weitere Kapitel zu Feminismus, Antifaschismus, Internationalismus – Antimilitarismus und Ökologie sowie das Finale. ■

Weitere Informationen/ Volltext ► www.jusos.de

linke!positionen

Müntefering irrt – Pauschale Abgrenzung der SPD von der Partei DIE LINKE. ist Unsinn

HARLAD GEORGIABTEILUNGSVORSITZENDER
KREUZBERG 61; LPT-
DELEGIERTER

Franz Müntefering wird von uns Sozialdemokraten noch immer verehrt und hochgeschätzt. Er verkörpert sozialdemokratische Identität wie kein Zweiter und ist ein leuchtendes Beispiel für persönliche Integrität. Mit seiner Forderung, „per Beschluss eine Zusammenarbeit jedweder Art mit der Linken für die 2009er-Wahl definitiv“ auszuschließen, ist er der SPD allerdings ein schlechter Ratgeber. Die SPD darf sich nicht pauschal von der Linkspartei abgrenzen und ohne Not jede Zusammenarbeit ausschlagen. Sie kann und muss sich inhaltlich auseinandersetzen.

Seit der Wahl 2005 wird die SPD in der großen Koalition bis zur Geichts- und Konturlosigkeit getrieben. Erst wurde der Merkel-Forderung, die Mehrwertsteuer anzuheben, nachgegeben. Dann wurde das CDU-Versprechen Abschaffung der Entfernungspauschale umgesetzt. Zu Anfang sprang die SPD über jedes von Schäuble hingestreckte Stöckchen bei der inneren Sicherheit. Jetzt geht auch noch die Bahn an die Börse. Noch immer haben wir keinen Mindestlohn und keine Bürgerversicherung. Mit der permanenten Drohung, sich im Bundestag notfalls eine andere Mehrheit zu suchen, hätte die SPD die Union vor sich her jagen und auf sozialdemokratische Positionen festnageln können. Stattdessen lassen wir die Linke unsere Vorschläge und Positionen abschreiben und uns anschließend damit verspotten.

Durch einen Beschluss, der eine Zusammenarbeit jedweder Art ausschließt, würde diese Lage zementiert. Eine SPD ohne Alternative zur Großen Koalition könnte sich auch gleich selbst auflösen. Die SPD muss für sich entscheiden, wo sie steht und wann für sie die Reißleine egal mit welchem Partner zu ziehen wäre: Das ist zum einen die Haushalts- und Finanzpolitik. An einer Haushaltskonsolidierung führt für uns kein Weg vorbei. Die gegenwärtige Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte schränkt bereits jetzt den politischen Gestaltungsspielraum erheblich ein. Daher gibt es keine Koalition ohne Haushaltskonsolidierung.

Zu den Grundsätzen der SPD gehört das klare Bekenntnis zu Europa. Wir wollen die Überwindung der Nationalstaatlichkeit. Für uns ist die Vertiefung der Europäischen Union die demokratische und sozialpolitische Antwort auf die Globalisierung. Nur mit einer Europäischen Union, die für Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik zuständig ist, lässt sich Lohndumping und Steuererosion überwinden. Eine Koalition, die zu einer Belastung für die weitere Integration Europas würde, müsste von Sozialdemokraten sofort beendet werden.

Sozialdemokraten waren und sind Internationalisten. Es gehört zum Kern des Selbstverständnisses der SPD, internationale Verantwortung zu übernehmen. Die Verweigerung der Linken, an internationaler Friedenssicherung mitzuwirken, wäre ebenfalls ein Ausschlussgrund für einen Koalition. Diesen Differenzen zwischen SPD und Linke gingen wir durch einen pauschalen Münze-Beschluss nur aus dem Weg. Inhaltliche Abgrenzung ja, pauschale Schwüre gegen eine Zusammenarbeit nein! ■

linke!positionen

Zwei Stellen für den bezirklichen Kinderschutz jetzt sofort!

BURKHARD ZIMMERMANN

ABTEILUNGSVORSITZENDER
DAHLEM; LPT-DELEGIERTER
MITGLIED DL21-VORSTAND UND
BL-KO-KREIS

In den Koalitionsvereinbarungen der neuen rot-roten Berliner Koalition wurde ganz klar verabredet : jeder Bezirk wird zwei neuen Stellen für den bezirklichen Kinderschutz erhalten. Ursprünglich war der Hintergrund, dass Fachpolitiker und auch der SPD-Arbeitskreis Jugend einen Einstellungskorridor in jedes bezirkliche Jugendamt von zwei Stellen pro Bezirk forderten. Auch die Jugendämter sind mangels Einstellungen der letzten Jahrzehnte äußerst stark überaltert. Ergebnis der Haushaltsverhandlungen Ende 2007 war dann – den aktuellen Ereignissen geschuldet - eine Festlegung auf zwei neue Stellen für den Bereich des Kinderschutzes im Jugendamt.

Insbesondere Sandra Scheres als zuständige Abgeordnete hatte die Aufgaben inhaltlich untersetzt. Die Hauptausschussmitglieder berichteten stolz, dass es Ihnen gelungen war, dieses abzusichern. Bis zum 1. April sollte die Möglichkeit bestehen, qualifiziertes Personal aus dem zentralen Stellenpool zu nutzen: wenn dies nicht gelänge, könne neu und von außen eingestellt werden. So hieß es.

Im ersten Quartal 2008 beklagten insbesondere die Jugendstadträte, dass dieses Verfahren unglaublich zähflüssig sei. Wir haben sie immer wieder auf den 1. April und die feste Verabredung vertröstet, nach diesem Datum könnten sie einstellen. Jetzt ist Ende Mai und nichts ist geschehen. Dies haben z.B. die Jugendamtsdirektoren Mitte Mai in einem Beschluss einhellig angemahnt. Der Finanzsenator blockt die Bereitstellung dieses Geldes. Dieses darf nicht sein ! Wir können nicht feste Verabredungen brechen. Sonst glaubt keiner mehr etwas. Wir brauchen diese Einstellungen von außen – jetzt sofort.

Zu dem was im Bereich Kinderschutz und Gesundheit von anderen Senatsverwaltungen vernachlässigt wird, muss ich nichts sagen. Unzulässig ist es allerdings, diese Problematik mit dem Kinderschutz im Jugendamt zu verkoppeln und (oder vielleicht : um) damit notwendige Entscheidungen und Verabredungen noch länger zu vertagen. ■

linke!positionen

JUSO-Arbeit in der Berliner SPD

ANNE KNAUF

NEUE LANDESVORSITZENDE DER
JUSOs BERLIN; LV-MITGLIED UND
MITGLIED IM KO-KREIS DER BL

ANNE IST 27 JAHRE ALT UND BEENDET
GERADE IHR STUDIUM. IN ANSCHLUSS
STREBT SIE EINE PROMOTION AN.
BEGONNEN HAT SIE IN DER JUSO-
HOCHSCHULGRUPPE AN DER FREIEN
UNIVERSITÄT BERLIN, WO SIE
POLITIKWISSENSCHAFT STUDIERT HAT.
ANNE IST SEIT DREI JAHREN SPD-
MITGLIED. SIE IST APRIL BERLINER
JUSO-LANDESVORSITZENDE.

E-MailKontakt:

Anne.Knauf@jusosberlin.de

Gesellschaftlicher Fortschritt ist ohne die SPD nicht zu erreichen, schon deshalb ist sie ein zentrales, politisches Feld für uns Jusos. Wir werden mit unseren Positionen konsequent in die SPD hineinwirken und dafür sorgen, dass sie wieder als soziale, linke Volkspartei erkennbar wird. Als sozialistischer Richtungsverband sind für uns Jusos die Linken innerhalb der SPD wichtige Ansprechpartner/innen. Gemeinsam werden wir soziale Antworten entwickeln und den linken Flügel der Partei stärken. Denn erst wenn die SPD wieder glaubwürdig für soziale, politische Alternativen steht, wird unsere Partei wieder für viele Menschen zur politischen Heimat und für eine breite Mehrheit wählbar. Die anstehenden Wahlkämpfe machen dies sehr bald erforderlich.

Als Linke in der SPD stehen wir in den nächsten Jahren nicht nur vor der Herausforderung inhaltliche Ansprüche zu formulieren. Wir müssen sie auch durchsetzen, indem wir sie in der Stadt und der Gesamtpartei verankern - auch um 2009 glaubwürdig Wahlkampf führen zu können. Dazu haben wir Jusos ein Projekt entwickelt, das den ganzen Juso-Landesverband mitnimmt, die verschiedenen Ebenen überzeugend miteinander verbindet und Impulse im linken Flügel der SPD setzt. Deshalb steht die Arbeit der Jusos Berlin in den kommenden zwei Jahren unter dem Motto „Soziale Fragen – Soziale Antworten“:

In einer Gesellschaft, die von immer stärkeren Gegensätzen geprägt und höchst undurchlässig ist, ist es die Aufgabe von uns Linken, soziale Fragen in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken. Gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die SPD wieder stärker sozialen Themen zuwendet, müssen wir dafür sorgen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen und symbolischer Politik bleibt. Vielmehr sind von uns auf die sozialen Fragen unserer Zeit soziale Antworten zu entwickeln und offensiv in die SPD hineinzutragen. Gerade in Berlin zeigen sich die sozialen Gegensätze auf engstem Raum, Arm und Reich leben hier Tür an Tür. Als Kristallisationspunkt offenbart sich in Berlin, wie in keiner anderen Stadt in der Bundesrepublik die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft. Als Linke in der Berliner SPD ist es unsere Aufgabe, die Problemlagen zu erkennen und darauf soziale Antworten zu entwickeln. Denn nur mit diesen Antworten kommen wir unserem Ziel einer anderen – sozial gerechteren – Gesellschaft näher. An drei für uns Jusos in den folgenden zwei Jahren zentralen politischen Projekten möchte ich dies exemplarisch darstellen:

Kinder- und Jugendarmut

Besonders deutlich und beschämend treten die sozialen Gegensätze bei den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu Tage. Kinder und Jugendliche sind heute häufiger und stärker von Armut betroffen, als jemals zuvor. Ein Leben lang haben sie unter den Folgen der Armut ihrer Eltern zu leiden: Nicht nur schlechtere Bildungschancen und eine schlechtere Gesundheit, sondern auch Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung sind in der Regel die Folgen. Wir dürfen uns mit

dieser Realität nicht abfinden, sondern müssen sie offensiv thematisieren. Die Berliner Jusos werden im Rahmen ihrer Kernkampagne mit Betroffenen sowie Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern gemeinsam Antworten erarbeiten und sie in die SPD hineinragen. Denn unser Ziel ist eine gerechtere Gesellschaft, die wir mit einer glaubwürdigen, sozialen SPD gestalten wollen.

Gute Arbeit

Arbeit ist noch immer Kernelement der sozialen Frage. Was allerdings bereits überwunden zu sein schien, gewinnt wieder an Aktualität: Massenarbeitslosigkeit, Einkommensarmut (working poor) und Formen prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit oder Minijobs. Wir haben es mit einem Strukturwandel der Erwerbsarbeit zu tun, der in Berlin wegen des überproportional großen Dienstleistungssektors besonders deutlich wahrnehmbar ist. Die mit diesem Wandel einhergehenden neuen Risiken führen zu einer zunehmenden Verunsicherung der Menschen. Soziale Arbeitspolitik beispielsweise in Form eines gesetzlichen Mindestlohns, einer Stärkung der Gewerkschaften sowie einer tragfähigen sozialen Absicherung sind nötig, um diesen Entwicklungen zu begegnen. Allerdings reichen diese Maßnahmen nicht aus. Vielmehr sind wir in der Pflicht, Antworten auf den Strukturwandel der Arbeit zu geben, die nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität von Arbeit in den Blick nehmen. In den kommenden zwei Jahren wird intensiv im Berliner Juso-Landesverband darüber diskutiert werden, was gute Arbeit ausmacht und wie sie zu realisieren ist.

Bildung

In unserer Gesellschaft ist Bildung ein gewichtiger Teil der sozialen Frage. Um gute und diskriminierungsfreie Bildung für alle zu gewährleisten, darf sie nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Mehr Durchlässigkeit und ein gerechteres Bildungssystem erreichen wir vor allem durch den Abbau von (sozialen) Hürden. Aus diesem Grund ist auch das in Berlin nun anlaufende Gemeinschaftsschulprojekt von höchster Wichtigkeit. Die Tatsache, dass es in Berlin weder Studiengebühren noch Studienkonten gibt, ist eine wichtige Errungenschaft, an der auch wir Berliner Jusos unseren Anteil haben. Dieser Weg muss mit Nachdruck weiter verfolgt werden, das Versprechen, Kita-Gebühren abzuschaffen, eingehalten werden. An dieser Stelle müssen wir Berliner Linken ansetzen und gemeinsam kämpfen, um neue Chancen gerade für sozial Schwache zu eröffnen. Einen besonderen Schwerpunkt in der inhaltlichen Arbeit des Juso-Landesverbands Berlin bilden darüber hinaus auch die Themenfelder Rechtsextremismus und Geschlechterpolitik. Außerdem werden wir den Herausforderungen von Demographischem Wandel und (angeblich mangelnder) Generationengerechtigkeit mit neuen, linken Konzepten begegnen, die wir auch in die SPD einspeisen werden.

Wahlkampf für soziale Mehrheiten

Die anstehenden Wahlkämpfe um das Europaparlament und den Deutschen Bundestag werden 2009 eine große Herausforderung für die SPD und Jusos sein. Wir werden sie nur glaubwürdig bestehen können, wenn wir die Zeit nutzen, soziale Antworten nicht nur für Berlin, sondern auch für Deutschland und Europa zu formulieren und diese im Vorfeld der Wahlkämpfe auch in der SPD verankern können. Wir Jusos haben bewiesen, wie wichtig und zielführend ein selbstbewusster Juso-Wahlkampf für soziale Mehrheiten links der Mitte und damit das Wahlergebnis der SPD ist. ■

berliner spd-linke

BL-Hintergrundgespräch zu Zukunft Jobcenter

Unter Leitung von BL-Sprecherin **Barbara Loth** fand am 9. Mai ein BL-Hintergrundgespräch zur Zukunft der Jobcenter statt. Das gut besuchte Treffen führte für die Landeslinke in verschiedenen Punkten zu einer ersten Klärung von Positionen. Barbara hat eine kurze Zusammenfassung geschrieben, die Interessierten auf der [BL-Homepage](#) zur Verfügung steht.

Wir haben uns insbesondere mit der Frage befasst, was Ziel der Veränderungen aufgrund der Entscheidung des BVerfG sein sollte und ob das kooperative Jobcenter die richtige Lösung für ein Zukunftsmodell ist. Wichtigstes Ziel ist dabei, dass es zu keiner Verschlechterung, sondern zu einer Verbesserung der Situation der Menschen ohne Arbeit in unserer Stadt kommt, dh. sie benötigen Leistungen aus einer Hand, kompetente und zeitnahe Entscheidungen und die Berücksichtigung dezentraler Arbeitsmarktanforderungen. Ob dieses Ziel mit dem Konzept des kooperativen Jobcenters erreicht werden kann, erscheint derzeit jedoch noch fraglich. In einer Erklärung der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden insgesamt 18 Punkte für unabdingbar klärungsbedürftig gehalten, bevor das Land Berlin der an gestrebten Umsetzung in Berlin zustimmen kann. Diese Bedenken teilen wir. Alternative Modelle wie die Kommunalisierung bzw. Übertragung der SGB II-Aufgaben auf die Länder bzw. die umfassende Zuständigkeit des Bundes lehnen wir ab ■

BL-Hintergrundgespräch zu Ethik/ „Pro Reli“

Nachdem sich am 20. Mai 2008 die Initiative „Pro Ethik“ erfolgreich gegründet worden ist, werden wir uns als BL verstärkt in die Debatte um die Initiative „Pro Reli“ einschalten und sicherstellen, dass der gemeinsame Ethikunterricht in Berlin nicht abgeschafft und die Trennung von Kirchen und Schule erhalten bleibt. Hierzu wird es nach dem erfolgreichen Format des letzten BL-Hintergrundgesprächs zu den Jobcentern ein Treffen linker Mandats- und EntscheidungsträgerInnen geben. Das Treffen wird diesmal über **Mark Rackles** organisiert; Interessierte GenossInnen melden sich bitte über Mark.Rackles@SPD.de an. Wer an weiteren Informationen zum Initiativkreis „Pro Ethik“ interessiert ist, kann diese über **Gerd Eggers** (gerd.eggerts@t-online.de) erhalten. Empfehlenswert ist in diesem Zusammenhang ein Beitrag des Genossen **Dr. Bruno Osuch** im Rahmen einer Anhörung im Abgeordnetenhaus am 22. Mai 2008 ■

Beitrag Dr. Osuch ► [BL-Homepage](#)

BT-Wahlkreis Mitte

Nachdem wir die Parteiwahlen – fast – hinter uns haben, klärt sich in den einzelnen Wahlkreisen im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 die KandidatInnen-Lage. Wir werden in den nächsten Wochen in lockerer Reihenfolge über die Wahlkreise berichten.

Im Wahlkreis Mitte, der bislang von **Jörg-Otto Spiller** vertreten wird, hat die Berliner AsF-Landesvorsitzende **Eva Högel** ihre Kandidatur angemeldet. Am 21. Mai hat sie sich in ihrer Abteilung erklärt und großen Zuspruch erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 hat Eva bereits auf Listenplatz 7 kandidiert und gemeinsam mit Jörg-Otto einen sehr erfolgreichen Wahlkampf geführt, der in ein Direktmandat mündete. Mehr Informationen zu Eva und ihren Schwerpunkten finden sich auf der Website der BL. ■

Lebenslauf/ Motivationsschreiben » [BL-Homepage](#)

BL-Veranstaltung mit Ministerin Heidi Wieczorek-Zeul

Die Berliner SPD-Linke (BL) veranstaltet gemeinsam mit der SPD-Bundeslinken (DL21) eine Diskussionsveranstaltung zum Thema

„Birma, Tibet und Sudan. Menschenrechtspolitik in der Diskussion“

Bundesministerin **Heidemarie Wieczorek-Zeul** im Gespräch mit **Björn Böhning** (Vorsitzender der DL21)

Die Veranstaltung findet statt am

Donnerstag, 10. Juli 2008

um 19 Uhr

im Cafe Brennbar

in der Alten Feuerwache, Axel-Springer-Str. 40/41

bundeslinke - pl

Publikationen der Parlamentarischen Linke

DIE SPD-LINKE IM BUNDESTAG HAT
SICH IN DER PL ORGANISIERT

DER PL GEHÖRTEN 4 BERLINER
MDBS AN (BENNETER, MERKEL,
RAWERT, SCHULZ).

SPRECHER IST MDB ERNST DIETER
ROSSMANN. PETRA MERKEL
(BERLIN) IST VORSTANDSMITGLIED

[HOMEPAGE](#)

DIE SPD-LINKE IM BUNDESTAG HAT
SICH IN DER PL ORGANISIERT

DER PL GEHÖRTEN 4 BERLINER
MDBS AN (BENNETER, MERKEL,
RAWERT, SCHULZ).

SPRECHER IST MDB ERNST DIETER
ROSSMANN. PETRA MERKEL
(BERLIN) IST VORSTANDSMITGLIED

[HOMEPAGE](#)

KONTAKT:

[PARLAMENTARISCHE.LINKE@BUNDES
TAG.DE](mailto:PARLAMENTARISCHE.LINKE@BUNDES
TAG.DE)

Sicherheit in Freiheit, Sicherheit durch Freiheit

Im Mai 2008 ist ein Reader der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur Innen- und Rechtspolitik erschienen. Mit Beiträgen von Klaus-Uwe Benneter, Wolfgang Gunkel, Ulrich Kelber, Jürgen Kucharzcyk, Christine Lambrrecht, Gerold Reichenbach, Christoph Strässer und Rüdiger Veit.

PL-Reader Innenpolitik » [PL-Homepage](#)

PL zu Konsequenzen aus dem Armutsbericht

Der Vorstand der PL hat am 17. Juni 2008 ein Positionspapier beschlossen, das unter den Titel „Sozialstaat verbessern – Spaltung der Gesellschaft bekämpfen“ auf den Bericht und die Problemlagen eingeht. Es werden kurzfristig politisch umsetzbare Maßnahmen identifiziert sowie mittelfristig notwendige Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums genannt. Das 16-seitige Papier findet sich auf der Homepage der PL.

PL-Beschluss Armutsbericht » [PL-Homepage](#)

PL und Parteilinke gemeinsam zum Finanzkapitalismus

Die Parteilinke (DL21) und die Parlamentarische Linke haben gemeinsame in Positionspapier unter dem Titel „Rien ne va plus im Spielkasino des Finanzkapitalismus? - Welche Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen sind“. Das Pokerspiel im globalen Kasino-Kapitalismus ist nicht aufgegangen. Die Politik muss daraus nun ihre Lehren ziehen, um Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung abzuwehren.

PL-/DL-Papier Finanzmarkt » [PL-Homepage](#)

termine

Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht

MONTAG, 23. JUNI 2008

20 Uhr
Friedenszentrum
Pacelliallee 61

SPD-Dahlen/ Kreislinke Steglitz-Zehlendorf: Diskusion mit Hilde Mattheis MdB aus Ulm über die Konsequenzen des aktuellen **Reichtums- und Armutsberichtes**. ■

Anmeldung erbeten ▶ Burkard Zimmermann anmelden (Tel.: 8916800)

Fachtagung zu Perspektiven Jugendlicher in Berlin

MITWOCHE, 25. JUNI 2008

16:00 – 20:00 UHR
Alte Feuerwache,
Axel-Springer-Straße 40/41

SPD-Fraktion Abgeordnetenhaus: Fachtagung zum Thema "Perspektiven für Kinder und Jugendliche angesichts des demographischen Wandels. Es gibt Foren zu Integration, Partizipation und kultureller Bildung. ■

Weiter Infos und Programm ▶ [BL-Website](#)

Linker Workshop mit Bundesdatenschutzbeauftragten

FREITAG, 27. JUNI 2008

18:00 UHR
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstr. 163

Parteilinke (DL21): Der Arbeitskreis "Innenpolitik" des Forum DL21 lädt ein zum Workshop mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar. Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich! ■

Anmeldung ▶ Tel. 030 - 4692236

Diskussion zur Menschenrechtspolitik mit Wieczorek-Zeul

DONNERSTAG, 10. JULI 2008

19 UHR
CAFE BRENNBAR
ALTE FEUERWACHE
Axel-Springer-Str. 40/41

Bundeslinke und Berliner SPD-Linke: Die Berliner SPD-Linke (BL) veranstaltet gemeinsam mit der SPD-Bundeslinken (DL21) eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Birma, Tibet und Sudan. Menschenrechtspolitik in der Diskussion“ mit Bundesministerin **Heidmarie Wieczorek-Zeul** im Gespräch mit **Björn Böhning** (Vorsitzender der DL21) ■

kontakt

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Autoren/ Autorinnen wieder. Herausgegeben wird der Newsletter vom SprecherInnen-Rat der Berliner Linken: ViSdP: **Mark Rackles** (Kontakt: Mark.Rackles@spd.de)
Redaktionelle Zuschriften/ Anregungen/ LeserInnen-Briefe bitte an: kontakt@SPD-Linke.de

SprecherInnenrat der BL

- **Mark Rackles** (Sprecher); Landeskassierer
- **Franziska Drohsel**, JUSO-Bundesvorsitzende, LV-Mitglied
- **Alexander Goetz**, LV-Mitglied, Kreisvorsitzender
- **Barbara Loth**, stellv. Landesvorsitzende, BzStR'in
- **Dilek Kolat**, MdA; LV-Mitglied; Kreisvorsitzende
- **Mechthild Rawert**, MdB
- **Marc Schulte**, stellv. Landesvorsitzender, BzStR

Die vollständige Liste aller Mitglieder des Ko-Kreises der Berliner SPD-Linken findet sich auf unserer [Homepage](#).

SprecherInnenrat der PL

- **Dilek Kolat** (Sprecherin), MdA; stellv. Fraktionsvorsitzende
- **Christian Gaebler**, MdA; Fraktionsgeschäftsführer
- **Frank Jahnke**, MdA
- **Jutta Leder**, MdA; stellv. Fraktionsvorsitzende
- **Sandra Scheeres**, MdA
- **Stefan Zackenfels**, MdA

Die Parlamentarische Linke (PL) stellt mit 27 Mitgliedern der Fraktion (53 Abgeordnete) die Mehrheit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Übersicht der MdAs der PL findet sich auf unserer [Homepage](#).